grün journal

Nr. 68 · Februar 2020

Das Magazin der Grünen-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft

Klimavorbehalt verankert

INHALT

Mahnmal
Für das Mahnmal wird ein Alternativstandort geprüft. S. 2

Stellplatzverordnung
Grüner Reformvorschlag: Weniger Pkw, mehr ÖPNV. S. 3

Containern
Grüne wollen das Containern entkriminalisieren. S. 4

Bremen ruft auf grüne Initiative die Klimanotlage aus und führt einen wirksamen Klimavorbehalt ein. Künftig müssen damit alle Verwaltungsvorlagen und Anträge auf ihre Klimaverträglichkeit überprüft werden. Konkret: Verursacht ein Vorhaben absehbar sehr viel klimaschädliches CO_2, müssen klimafreundlichere Alternativen geprüft werden. Das Ziel ist, die klimaschädlichen Emissionen in Bremen bis 2030 mindestens um 80 Prozent gegenüber 1990 zu verringern.

„Der Klimavorbehalt ist das Herzstück zur Begrenzung des immensen CO_2-Ausstoßes. Damit wird z.B. abgeschätzt, welche Auswirkung ein Neubaugebiet aufs Klima hat und welche Alternativen bestehen. Das erhöht den Druck, klimafreundlicher zu bauen – etwa mit Passivhäusern aus Holz, Solardächern und guter ÖPNV-Anbindung. Mit dem Klimavorbehalt können wir auf Landesebene die Weichen für deutlich mehr Klimaschutz stellen. Das ist angesichts des dramatisch beschleunigten Klimawandels auch dringend nötig. Ebenso wie die konkreten Maßnahmen für mehr Klimaschutz zu finanzieren. Klimaschutz gibt's nicht zum Nulltarif, Abwarten wird am Ende aber noch teurer", betont der klimapolitischen Sprecher Philipp Bruck.

Der Klimavorbehalt gilt für alle Politikbereiche. Bei absehbar CO_2-intensiven Vorhaben sollen Gutachten zur CO_2-Bilanz und zu klimafreundlicheren Alternativen angefertigt werden. Falls es diese Alternativen nicht gibt, muss das Projekt aber nicht zwangsläufig verworfen werden. Der CO_2-Fußabdruck kann auch durch verpflichtende Maßnahmen an anderer Stelle ausgeglichen werden.

Förderung für Dachbegrünung

Bremen macht das Förderprogramm für die Begrünung von Dächern wieder für Privatleute zugänglich, wie es die Grünen-Fraktion gefordert hatte. Pro Jahr stehen dafür 84.000 Euro zur Verfügung, mit denen die Begrünung von Dächern ab einer Fläche von zehn Quadratmetern und maximal 5000 Euro pro Vorhaben unterstützt wird. Die Antragstellung erfolgt bei der Bremer Umweltberatung. Wer wissen will, ob das eigene Hausdach für die Begrünung geeignet ist, erfährt das ganz leicht im Internet unter der Adresse: www.gruendach.bremen.de.

Alternativstandort fürs Mahnmal

Statt an der stark belebten Schlachte könnte an den ruhigeren Weser-Arkaden der beraubten und ermorderten Jüd*innen gedacht werden.

Für das Mahnmal, das an die massenhafte Beraubung von vertriebenen und ermorderten Jüd*innen im Nationalsozialismus erinnern soll, kann jetzt ein alternativer Standort geprüft werden. Der Senat hat bis zu 50.000 Euro bewilligt, damit ein Standort an den Weser-Arkaden nahe der Wilhelm-Kaisen-Brücke auf seine Tauglichkeit untersucht werden kann. Bisher sollte das Mahnmal in die Schlachte-Stufen gebaut werden. Die Initiator*innen, Künstler*in und die Jüdische Gemeinde halten aber den Platz an den Weser-Arkaden für geeigneter. Auch die Grünen-Fraktion sieht beim Alternativstandort einige Vorteile. „An der Schlachte wird viel Party gemacht. An den Arkaden ist es ruhiger, man kann sich dort besser auf das Mahnmal konzentrieren. Das Ziel muss für uns alle sein, dass ein würdiges Gedenken ermöglicht wird", betont Kai Wargalla, Sprecherin für Kultur und Strategien gegen Rechtsextremismus.

Aus Sicht der Befürworter*innen spricht für den Standort an den Arkaden insbesondere auch, dass dort die Bedingungen für die Umsetzung des Mahnmal-Entwurfes besser sind. Das Mahnmal soll aus zwei rechtwinklig aufeinander treffenden Schächten bestehen. Von oben sieht man lediglich einen leeren Raum, von der Seite aus sind Schattenrisse ehemals vorhandener Möbel zu erkennen. Die Wirkung lässt sich an den Arkaden mit einer Tiefe von gut sechs Metern besser erzielen als bei einem Schacht von nur rund drei Metern an der Schlachte.

Das geplante Mahnmal erinnert an die wirtschaftliche Dimension des Holocaust, die Beraubung und Existenzvernichtung der Jüd*innen. Hauptprofiteur der sog. ‚Aktion M' war Kühne + Nagel. Das Logistikunternehmen unweit der Weser-Arkaden hat geraubte Möbel von jüdischen Deportierten durch Europa nach Deutschland transportiert und an der sog. ‚Arisierung' gut verdient. Aber auch andere Unternehmen, das Finanzamt und viele Bremer*innen haben von der Beraubung der Jüd*innen profitiert. „Bremen hat beim Raubzug gegen unsere jüdischen Mitmenschen eine tragende Rolle gespielt. Wir müssen diesen grausamen Teil unserer Geschichte immer wieder sichtbar machen. Das ist gerade angesichts des grassierenden Rechtspopulismus und Rechtsextremismus eine Aufgabe für alle Demokrat*innen", so Kai Wargalla.

Neubauten: Statt Pkw mehr ÖPNV, Rad und Car-Sharing

Die Grünen-Fraktion will die Bremer Stellplatzverordnung reformieren: Bei Neubauten sollen künftig weniger Auto-Stellplätze entstehen. Stattdessen sollen klimaschonende Maßnahmen wie ÖPNV-Zeitkarten, Carsharing-Stationen oder mehr Radstellplätze verpflichtend werden. „Unser Reformvorschlag bringt einen Schub für die Verkehrswende. Ihre volle Wirkung für den Klimaschutz entfaltet die reformierte Stellplatzverordnung im Zusammenspiel mit einer konsequenten Parkraumbewirtschaftung des öffentlichen Raumes und höheren Parkgebühren“, erläutert der verkehrspolitische Sprecher Ralph Saxe.

Aus seiner Feder stammt das Positionspapier, mit dem die Fraktion auf eine Reform der Stellplatzverordnung drängt. Sie regelt bei Bauvorhaben die Herstellung von Pkw-Parkplätzen. Bisher müssen Bauherren und -frauen entweder je Wohnung einen Parkplatz bauen oder eine Ablösesumme zahlen.

Vorfahrt fürs Klima

Die Grünen wollen die bisherige Fixierung aufs Auto bei Neubauvorhaben nun zurückdrängen. Dafür sollen bisher freiwillige Mobilitätsmaßnahmen wie ÖPNV-Zeitkarten, Car-Sharing und mehr Radstellplätze verpflichtend werden. Und zwar anteilig, je nachdem in welchem Stadtteil das Bauprojekt geplant ist. Der Reformvorschlag sieht drei Zonen vor. Zone 1 umfasst die autofreie Innenstadt. Hier dürfen keine Stellplätze mehr gebaut werden. Sie müssen zu 100 Prozent durch klimaschonende Mobilitätsmaßnahmen ersetzt werden. In citynahen Stadtteilen wie Neustadt, Östliche Vorstadt, Findorff, Walle und Schwachhausen mit hohem Parkdruck sollen Bauherren und Baufrauen auf mindestens 50 Prozent umweltfreundliche Mobilität setzen. Damit der Parkdruck sinkt, sollen in dieser Zone 2 das Bewohnerparken und die Gebührenpflicht fürs Parken deutlich ausgeweitet werden. In Zone 3, also den äußeren Stadtteilen mit nicht so guter ÖPNV-Anbindung, ist eine 30 Prozent-Quote geplant.

Das Positionspapier findet sich hier: www.gruene-fraktion-bremen.de

Containern nicht bestrafen

Wer von Supermärkten weggeworfene Lebensmittel einsammelt, soll in Bremen nicht vor Gericht landen.

Fast 18 Millionen Tonnen Lebensmittel landen laut einer Studie der Umweltschutzorganisation WWF pro Jahr in Deutschland im Müll. Doch wer noch genießbare Nahrungsmittel aus dem Müll holt, mach sich wegen Diebstahls strafbar. Auf grüne Initiative will die Koalition das Mitnehmen weggeworfener Lebensmittel nun entkriminalisieren und einen Teil der sinnlosen Lebensmittelverschwendung vermeiden.

„Während der Handel z.B. Obst und Gemüse allein wegen Druckstellen wegwerfen darf, ist das Einsammeln noch genießbarer Lebensmittel von Supermärkten oder Restaurants eine Straftat. Das steht angesichts der riesigen Lebensmittelverschwendung unserer Überflussgesellschaft in keinem Verhältnis. Wir wollen Menschen entkriminalisieren, die entweder aus Protest oder aus purer Not containern", erläutert die rechtspolitische Sprecherin Sülmez Dogan.

Bis zur überfälligen Änderung der Rechtslage im Bund soll die Bremer Staatsanwaltschaft bei Verfahren wegen Diebstahls weggeworfener Lebensmittel wegen Geringfügigkeit von der Strafverfolgung absehen. Nur wer bei der Lebensmittelbeschaffung z.B. in eine Lagerhalle einbricht, müsste sich dafür noch vor Gericht verantworten.

Außerdem sollen Lebensmittelbetriebe ab einer bestimmten Größe verpflichtet werden, noch genießbare Lebensmittel an gemeinnützige Einrichtungen wie z.B. die Tafeln zu spenden. Darauf soll der Senat nun im Bundesrat hinwirken und zugleich vor Ort das Gespräch mit Supermärkten und Initiativen suchen.

Bio auch in Hochschulen

Mehr Bio-Produkte, kein Fleisch aus der Massentierhaltung: In Kitas, Schulen und den städtischen Kliniken wird das bereits umgesetzt. Nun soll der Aktionsplan ‚Gesundes Essen in der Gemeinschaftsverpflegung' auf grüne Initiative auch für die Hochschulmensen gelten. Der Antrag sieht außerdem vor, dass Studierende künftig über die Herkunft und Erzeugungsbedingungen der tierischen Produkte in den Essensangeboten informiert werden. „Die industrielle Fleischproduktion mit ihrem hohen Ausstoß von klimaschädlichen Gasen treibt den Klimawandel voran. Auch die Hochschulmensen können schrittweise für eine klimafreundlichere und gesunde Ernährung sorgen", so der ernährungspolitische Sprecher Jan Saffe.

Impressum

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der Bremischen Bürgerschaft

Altenwall 25, 28195 Bremen
Tel.: 0421 /3011-0
E-Mail: fraktion@gruene-bremen.de
ViSdP: Matthias Makosch
Texte: Matthias Makosch
Fotos: iStockphoto, Creative Nature_nl